

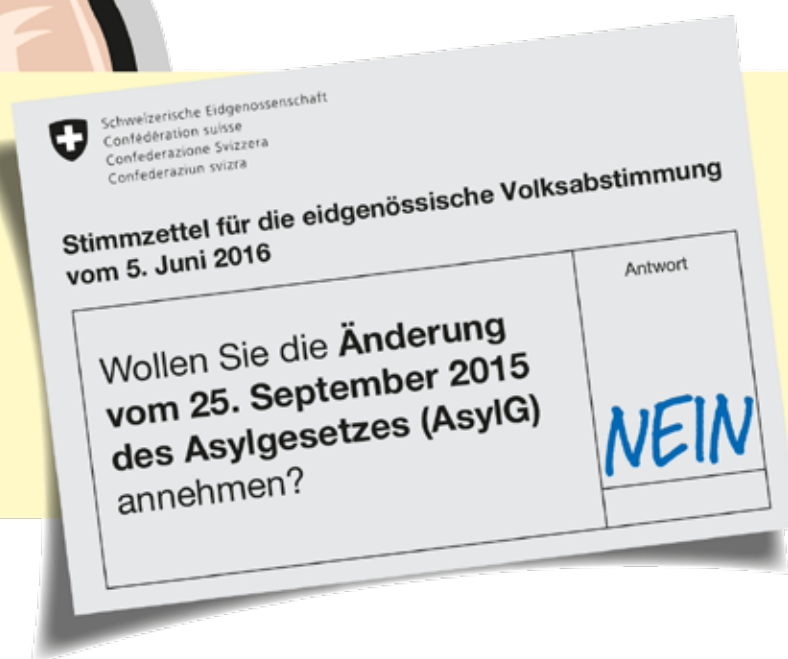
SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei



NEIN zu
Gratisanwälten
und Enteignungen

Deshalb am 5. Juni:
Asylgesetzrevision
NEIN



Die SVP in den Schweizer Medien im April



Das Wort des Parteipräsidenten



Danke!

Die letzten 8 Jahre lang durfte ich die SVP Schweiz präsidieren. Unzählige Begegnungen, viele tolle Erlebnisse, grandiose Siege und verheerende Niederlagen prägten diese Zeit. Es waren die 8 besten Jahre meines Lebens. Am 23. April reiche ich nun den Stab an Albert Rösti weiter. Ihm und seinem neuen Team wünsche ich viel Erfolg, auf meine Unterstützung wird er jederzeit zählen dürfen.

Es ist Zeit, danke zu sagen. Vorab Ihnen allen, geschätzte Mitglieder für die wohlwollende Unterstützung in all den Jahren. Sie haben den Kurs der Partei stets gestützt und unsere Politik mit aller Kraft mitgetragen. Wer das nicht konnte, hat unsere Partei längst verlassen, auch darüber bin ich nicht unglücklich.

Speziell danke sagen möchte ich Generalsekretär Martin Baltisser. Er wird das Generalsekretariat in Kürze verlassen und sich einer neuen beruflichen Herausforderung widmen. Wir haben uns jederzeit mit und ohne Worte verstanden. Ich danke ebenfalls der stellvertretenden Generalsekretärin Silvia Bär sowie meiner Assistentin Marcia Cerantola, wie auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat der SVP Schweiz.

Glück hatte ich während meiner Amtszeit auch mit den zwei Fraktionspräsidenten der Bundeshausfraktion. Sowohl mit Caspar Baader, als auch jetzt mit Adrian Amstutz, war die Zusammenarbeit immer freundschaftlich, unkompliziert und zielführend.

Ich danke all meinen Präsidiumsmitgliedern in der Parteileitung und hier speziell unseren unverwüstlichen Urgesteinen alt Bundesrat Christoph Blocher und alt Nationalrat Walter Frey. Sie haben mit ihrem Wirken stets dazu beigetragen, dass unsere Partei frei und unabhängig politisieren konnte.

Es geht weiter. Für eine sichere Zukunft in Freiheit. Es lebe die Schweiz, hoch lebe die SVP!

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

Herr

Franz
Grüter

Eich (LU)

Unternehmer



*«Ich bin dagegen,
dass allen Asylbe-
werbern kostenloser
Rechtsbeistand
gewährt wird und neu
Enteignungen für
Asylzentren möglich
sind!»*

Am 5. Juni



NEIN
zur Asylgesetzrevision

Frau

Melanie
Jäggi-Egger

Fulenbach (SO)

Kfm. Angestellte / Hausfrau



*«Zehntausende
unechte Asylbewerber
pro Jahr, angelockt
durch eine falsche
Willkommenskultur.
Wo liegt der Nutzen
für kommende
Generationen?»*

Am 5. Juni



NEIN
zur Asylgesetzrevision

Frau

Michelle
Singer

Utzenstorf (BE)

Drucktechnologin EFZ



*«Ich sage NEIN zur
Asylgesetzrevision,
weil Gratisanwälte
das Vorgehen nicht
beschleunigen
sondern nur
Mehrkosten
verursachen.»*

Am 5. Juni



NEIN
zur Asylgesetzrevision

Herr

Joël
Thüring

Basel (BS)

Unternehmer



*«Ich sage Nein zur
Asylgesetzrevision,
weil wir sonst für
echte Flüchtlinge
keinen Platz mehr
haben werden.»*

Am 5. Juni



NEIN
zur Asylgesetzrevision

Schreiben Sie jetzt auch ein Testimonial:

www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/referendum-asylgesetz/testimonials

Schweiz darf nicht zum attraktivsten Asylland Europas werden

Die Asylgesetzrevision will die gescheiterte Willkommenskultur ausbauen statt begrenzen. Es sollen noch mehr Asylgesuche in noch kürzerer Zeit «abgefertigt» werden. Die Gesetzesrevision gefährdet die humanitäre Asyl-Tradition der Schweiz. Deshalb hat die SVP das Referendum ergriffen. Das Volk kann am 5. Juni darüber abstimmen.

Während alle umliegenden Länder ihre Grenzen für illegale Asylanten schliessen und ihre Asylgesetze massiv verschärfen, macht das neue Asylgesetz unser Land für Migranten noch attraktiver. Lesen Sie das umfangreiche Argumentarium zur Asylgesetz-Lüge im Internet auf www.gratisanwaelte-nein.ch.

Asylgesetzrevision macht Schweiz zum attraktivsten Asylland Europas
Fachleute rechnen dieses Jahr mit bis zu 60'000 Asylanten! (Blick, 20.3.2016). «Früher hat ein Grossteil der Asylanten unser Land rasch wieder verlassen. Heute bleiben aber bereits 60% bis 80% der Asylsuchenden in der Schweiz», bestätigt Guido Graf, CVP-Regierungsrat aus dem Kanton Luzern im Blick vom 20.3.2016. Mit dem neuen Asylgesetz werden es noch mehr! Denn beim Eintritt werden die Verfahren beschleunigt. Beim Vollzug nicht. Was nützen die schnellsten Verfahren, wenn kaum ein abgelehnter Asylbewerber das Land verlassen muss?

Kosten explodieren

In diesem Jahr werden die Kosten für das Asylwesen allein beim Bund auf 1,842 Milliarden Franken ansteigen. Bis 2018 verdoppeln sich die Kosten gegenüber 2015 bereits auf 2,4 Milliarden Franken. Zusätzlich tragen Kantone und Gemeinden jährlich Kosten von bis zu 2 Milliarden Franken.

NEIN zu Gratisanwälten und Enteignungen



Asylgesetz-
revision **NEIN**



Von der Realität überholt: Neues Asylkonzept basiert auf falschen Zahlen

«Die Vorlage von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga basiert auf falschen Zahlen: Die Asylrevision geht von 24'000 Asylgesuchen jährlich aus. 2015 hatten wir aber bereits 39'523 Gesuche. Und sie geht davon aus, dass 40% der Asylbewerber als «Dublin-Fälle» bereits ab Bundeszentren in andere europäische Staaten überwiesen werden können. In der Realität konnten im Jahr 2015 von 17'377 «Dublin-Fällen» nur gerade 2'461 Personen an die zuständigen Dublin-Staaten überstellt werden, das entspricht nur gut 6% aller Asylbewerber im vergangenen Jahr.»

Nationalrat **Andreas Glarner**, Oberwil-Lieli (AG)



Von A wie Anwalt bis Z wie Zahnarzt. Jetzt Rundumversorgung verhindern.

«Wer will nicht in die Schweiz kommen, wenn es hier für jeden und jede medizinische, zahnärztliche und psychiatrische Behandlung, Sozialhilfe und jetzt noch einen bedingungslosen Gratisanwalt auf Kosten der Steuerzahler gibt? Dazu kommen die staatlichen Integrationsmassnahmen wie Sprachkurse, Ausbildungszulagen, Benimm-dich-Kurse etc., die massiv ausgebaut und von Bundesbern subventioniert werden.»

Nationalrätin **Céline Amaudruz**, Genf (GE)

Keine Gratisanwälte und Enteignungen

«Für 40'000 Asylsuchende (Jahr 2015) Gratisanwälte zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig zu behaupten, die Verfahren werden schneller, glaubt kein Mensch. Eine Prozessflut mit unzähligen Rekursen, noch stärker überlasteten Gerichten und Abermillionen Franken an Kosten sind die Folge. Die Revision sieht auch vor, nötigenfalls Grundstücke für den Neubau von Asylzentren zu enteignen. Mit dem vorgesehenen zentralistischen Plangenehmigungsverfahren wird zudem der zivile, direktdemokratische Widerstand gegen Asylunterkünfte in den Gemeinden verunmöglicht.»

Nationalrat **Roger Köppel**, Küsnacht (ZH)



Jetzt Grenzen sichern und Wirtschafts- und Sozialmigranten ausweisen!

«Wenn die EU nicht mehr in der Lage ist, ihre Aussengrenze zu sichern, muss die Schweiz ihre Landesgrenzen wieder selber kontrollieren. Dies, um eine erste Triage der Asylbewerber vorzunehmen und um die Einschleusung von Terroristen zu verhindern. Illegal anwesende und abgelehnte Asylanten müssen rasch ausgewiesen werden. Dazu genügt das bestehende Asylgesetz. Es muss nur angewendet werden. Neue Gesetze brauchen wir nicht.»

Nationalrat **Adrian Amstutz**, Sigriswil (BE)

Für Bauern mit Weitblick.

«Die BauernZeitung bietet uns
wichtige Entscheidungshilfen für
den Ausbau unseres Betriebes.»

Ulla und Christian Bosshard, Igis/GR

Die **NEUE**
BauernZeitung



Die neue BauernZeitung informiert Sie jetzt noch aktueller über
Marktgeschehen, Landwirtschaft und Politik. Umfassend und überall:

- Regionalausgaben für die Nordwest-, Ost- und Zentralschweiz
- Online-Zeitung/Marktplattform
- BauernZeitung-App

Schweizer Agrarmedien AG
Dammweg 3, 3000 Bern 22,
Abodienst Tel. 031 958 33 37

www.bauernzeitung.ch

Jetzt 4 Wochen kostenlos
kennenlernen und eine
Ferienwoche auf Sizilien
gewinnen!

www.bauernzeitung.ch

agrarreisen

BAUERNZEITUNG

Von Bauer zu Bauer.

Vorwärts kommen - Schluss mit Stau!

Täglich staut sich der Verkehr: rund um Winterthur, am Gubrist, aber auch im Aargau, in Basel oder Bern. Ein Ausbau der Strasseninfrastruktur ist dringend nötig. Mit der Initiative „für eine faire Verkehrsfinanzierung“ haben wir am 5. Juni eine Gelegenheit, die Weichen richtig zu stellen.

Heute wird die Hälfte der Erträge aus der Mineralölsteuer für die Bundeskasse – und damit für irgendwelche Staatsaufgaben – zweckentfremdet. Diese 1,5 Milliarden Franken werden dringend in der Strassenkasse benötigt. Darum ist es richtig, dieser Zweckentfremdung am 5. Juni einen Riegel zu schieben.

Verkehrsstaus kosten nicht nur Nerven, sondern auch Geld: Die Verkehrsüberlastungen verursachen pro Jahr einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 2 Milliarden Franken. Dieses Geld entgeht der Wirtschaft, weil Gewerbler, Lieferanten und andere Strassenbenützer jährlich über 20'000 Stunden nutzlos im Stau herumstehen.

Keine neuen Steuern und Abgaben
Das Parlament berät derzeit den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Positiv ist, dass der sogenannte Netzbeschluss darin integriert wird und mehr Strassenprojekte



Die Überlastung des Strassennetzes ist nicht nur ärgerlich – sie nimmt vor allem unaufhaltsam zu. Die Agglomerationsräume sind in über 90 Prozent der Staus betroffen, weil sich hier lokale, regionale und nationale Verkehrsnetze überlagern.

ten werden: Auf den derzeitigen Preis von rund 1.35 Franken pro Liter zahlen wir über 83 Rappen Steuern – also 60%. Eine weitere Steuererhöhung ist inakzeptabel, nicht zuletzt auch weil höhere Benzinpreise immer mehr Schweizerinnen und Schweizer ins grenznahe Ausland treiben, wo sie neben günstiger einkaufen auch gleich noch das Auto preiswert volltanken können.

Kantone, Gemeinden und öffentlicher Verkehr profitieren

Es wäre falsch, die „Milchkuh-Initiative“ auf die Autofahrer zu reduzieren. Auch Kantone und Gemeinden profitieren. Mit einer Zweckbindung der Mineralölsteuer würden sich die Beiträge vom Bund an die Kantone erhöhen. Ebenso profitiert der öffentliche Verkehr, denn rund 75% aller beförderten Personen in öffentlichen Verkehrsmitteln verkehren auf der Strasse, so

z.B. in Postautos oder Bussen. Mit der dringend nötigen Entlastung von Städten und Dörfern steigt auch die Sicherheit innerorts: Davon profitieren beispielsweise Fussgänger und Velofahrer.

Die verschiedenen Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nachdem mit der FABI-Vorlage grosszügig Gelder für den öffentlichen Verkehr gesprochen wurden, ist nun die Strasse an der Reihe. Darum sage ich am 5. Juni überzeugt Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung!

«Verkehrsstaus kosten nicht nur Nerven, sondern auch Geld: Die Verkehrsüberlastungen verursachen pro Jahr einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 2 Milliarden Franken.»

umgesetzt werden können. Jedoch ist die Finanzierung noch nicht zufriedenstellend: Die Benzinsteuer soll um vier Rappen erhöht werden. Ein Blick auf den Benzinpreis zeigt, wie die Strassenbenützer bereits heute zur Kasse ge-

von Nationalrätin
Natalie Rickli,
Winterthur (ZH)



Medizinisch unterstützt



Manfred Bühler, Nationalrat, Cortébert (BE)

Das Stimmvolk hat am 14. Juni 2015 den Verfassungsartikel zur Präimplantationsdiagnostik (PID) mit 61,9% angenommen. Aufgrund des Referendums gegen das Gesetz, das die Details der PID regeln soll, stimmen wir am 5. Juni 2016 erneut ab.

Das heutige Recht

Gemäss heutigem Recht dürfen bei einer künstlichen Befruchtung maximal drei Embryonen pro Zyklus entwickelt werden. Bei Schwangerschaft kann ab der 11. Schwangerschaftswoche das Erbgut auf Krankheiten oder Chromosomenstörungen (z.B. Trisomie 21) untersucht werden. Ist der Embryo Träger einer Krankheit, können die Eltern über einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden.

Die Inhalte der revidierten Gesetzesvorlage

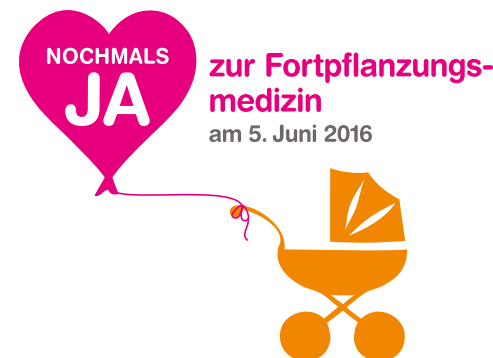
Das revidierte Gesetz ermöglicht eine solche Untersuchung vor der Implantation der Embryonen in den Mutterleib. Zudem können neu bis zu 12 Embryonen entwickelt werden. Diese Neuerungen wecken Ängste und provozieren emotionale Diskussionen. Dabei sprechen viele pragmatische Argumente für die Annahme der Vorlage. Mit 12 Embryonen erhöht man die Chance einer Schwangerschaft, und es kann jeweils nur ein Embryo pro Mal eingepflanzt werden, so dass Mehrlingsschwangerschaften vermieden werden. Die überzähligen Embryonen können eingefroren werden, man darf diese aber nur bei der leiblichen Mutter einpflanzen. So muss man nicht mehrere belastende Hormonbehandlungen und Eizellenentnahmen vornehmen.

Untersucht werden nur genetische Erbkrankheiten und Chromosomenstörungen. Die Untersuchung dürfen nur Eltern veranlassen, welche nicht auf natürlichem Weg ein Kind bekommen können und die ein Risiko für solche Krankheiten aufweisen. Somit ist ausgeschlossen, dass jedermann mit dieser Untersuchung das Geschlecht, die Augenfarbe oder sonstige Eigenschaften eines Kindes auswählt.

Hauptargument ist jedoch, dass mit dieser frühen Diagnose das Trauma eines Schwangerschaftsabbruchs vermieden werden kann, da die Untersuchung vor Einpflanzung des Embryos erfolgt.

Parlament und Fraktion sagen deutlich Ja zur Vorlage

Die Bundesversammlung hat das FMedG im Dezember 2014 deutlich angenommen, ebenso die SVP-Fraktion mit 40 zu 17 Stimmen. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen am 5. Juni ein JA zum FMedG in die Urne zu legen.



«Hauptargument ist jedoch, dass mit dieser frühen Diagnose das Trauma eines Schwangerschaftsabbruchs vermieden werden kann, da die Untersuchung vor Einpflanzung des Embryos erfolgt.»



tzte Fortpflanzung

Contra

Verena Herzog, Nationalrätin, Frauenfeld (TG)

Der Wahn vom perfekten Kind? – Nein zur schrankenlosen Fortpflanzungsmedizin.

Schritt für Schritt nimmt die Instrumentalisierung von werdendem menschlichem Leben ihren Lauf. Die Untersuchung an Embryonen vor deren Einpflanzung in die Gebärmutter (Präimplantationsdiagnostik, PID) erlaubt bereits heute, dass künstlich befruchtete Embryos auf genetische Krankheiten untersucht werden können. Mit dem neuen Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG), über das wir am 5. Juni abstimmen, könnten nun aber alle Paare (ca. 6000 pro Jahr) ihre künstlich befruchteten Embryos auf allerlei Kriterien überprüfen und selektionieren lassen.

Selektion von Embryos

Zehntausende von Embryos würden nur dazu erzeugt, um nach «lebenswert» oder «nicht lebenswert» eingeteilt zu werden. Gefällt ein Embryo nicht, könnte er einfach vernichtet oder zu Forschungszwecken verbraucht werden. Überzählige Embryos dürften neu sogar tiefgefroren werden. Der Wahn vom perfekten Menschen würde damit vom Albtraum zur Realität werden. Eltern kämen massiv unter Druck, nur noch «perfekte» und konforme Kinder auf die Welt zu bringen. Das darf nicht passieren! Zudem würden bald auch bei uns, wie bereits in den USA von Grossfirmen praktiziert, Frauen mit einer Gefrierprämie gelockt, statt auf die innere Uhr Rücksicht zu nehmen. Dabei wird verschwiegen, dass bei «Social Freezing» das Kinderkriegen mit vorschreitendem Alter für Mutter und Kind immer riskanter wird. Ganz vergessen geht dabei das Wohl des Kindes, das mit «Grosseltern», statt mit Eltern aufwachsen soll. Gleichzeitig steigt bei solchen Kindern der Anspruch gesund und der Norm angepasst zu bleiben, hat es doch viel gekostet und ist bereits als Wunsch- und Normkind geboren worden.

Salamitaktik, deshalb Nein

Mit der bekannten Salamitaktik wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis weitere Selektionskriterien erlaubt würden. Einige Politiker fordern bereits die Herstellung von Retterbabys und die Eizellenspende. Für sie sind auch die gemäss Verfassung verbotene Embryonenspende und die Leihmutterschaft kein Tabu mehr. Leben scheint zu handelbarer Ware verkommen zu sein. Darum NEIN zum schrankenlosen Fortpflanzungsmedizingesetz!



«Zehntausende von Embryos würden nur dazu erzeugt, um nach «lebenswert» oder «nicht lebenswert» eingeteilt zu werden. Gefällt ein Embryo nicht, könnte er einfach vernichtet oder zu Forschungszwecken verbraucht werden.»





Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

New Kia Sportage
2.0 L CRDi 4WD LX man.

Listenpreis ab CHF
29'950.-

Kia Sorento
2.2 L CRDi 4WD LX aut.

Listenpreis ab CHF
39'950.-

4x4-Power von Kia.

New Kia Sportage 4WD

Ganz schön attraktiv.

Kia Sorento 4WD



Die 4x4 von Kia überzeugen in jeder Hinsicht mit einem souveränen Auftritt. Sie übertreffen mit kraftvollen und effizienten Motoren, einzigartigem und aerodynamischem Design, modernster Technik und Ausstattung die höchsten Anforderungen.

New Sportage 2.0 L CRDi 4WD 136 PS ab CHF 29'950.-
Sorento 2.2 L CRDi 4WD 200 PS ab CHF 39'950.-



The Power to Surprise

Abgebildetes Modell: New Kia Sportage 2.0 L CRDi 4WD Style aut. GT-Line (inkl. Option: Metallic-Lackierung CHF 690.-) CHF 45'640.-, 6,3 l/100 km (Benzinäquivalent 7,1 l/100 km), 166 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse F, New Kia Sportage 2.0 L CRDi 4WD LX man. CHF 29'950.-, 5,2 l/100 km (Benzinäquivalent 5,8 l/100 km), 139 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse D. Abgebildetes Modell: Kia Sorento 2.2 L CRDi 4WD Style aut. 5-Plätzer (inkl. Option: 19" Leichtmetall-Felgen CHF 950.- und Metallic-Lackierung CHF 750.-) CHF 53'650.-, Kia Sorento 2.2 L CRDi 4WD LX aut. CHF 39'950.-, 6,6 l/100 km (Benzinäquivalent 7,4 l/100 km), 174 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse F, Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 139 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). Die Aktion ist gültig auf gekennzeichnete Fahrzeuge bis 31.5.2016 oder solange Vorrat.



Rechnungsbeispiele 3,9%-Leasing: New Sportage 2.0 L CRDi 4WD LX man., Listenpreis CHF 29'950.-, Leasingrate CHF 347,25, Leasingzins 3,9%, eff. Leasingzins 3,97%, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 15% (nicht obligatorisch), Kautions 5% vom Finanzierungsbetrag (mind. CHF 1'000.-), obligatorische Vollkasko nicht begriffen. Sorento 2.2 L CRDi 4WD LX aut., Listenpreis CHF 39'950.-, Leasingrate CHF 493,95, Leasingzins 3,9%, eff. Leasingzins 3,97%, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 15% (nicht obligatorisch), Kautions 5% vom Finanzierungsbetrag (mind. CHF 1'000.-), obligatorische Vollkasko nicht begriffen. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, wenn sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt.



Kia Motors AG, 5745 Safenwil, 062 788 88 99

Jetzt mit unschlagbaren Angeboten bei Ihrem Kia Händler!

«Service public» nicht überladen

Eine gut funktionierende und flächendeckende Grundversorgung ist für unser Land und die Wirtschaft von ganz zentraler Bedeutung. Verkehrsinfrastrukturen im öffentlichen Verkehr, wie auch die Versorgung mit Post- und IT-Dienstleistungen müssen deshalb stets einen qualitativ zeitgemässen Standard haben.

Einbenso müssen die Nutzerinnen und Nutzer auf eine hohe Verlässlichkeit zählen können – auch in den Randgebieten. Unter diesen Voraussetzungen ist die Anlegung eines Massstabes, der alles an der These «billig = gut» misst nicht nur gefährlich, sondern letztlich selbstzerstörend.

wissen Grad auch innerbetriebliche Quersubventionierungen möglich sind. Denn allein von den Nutzenden in den Berg- und Randregionen lässt sich mit Sicherheit nicht das jetzige Kosten-/Nutzenverhältnis bewerkstelligen. Die Grundversorgung erfüllt aber nur dann den gesetzgeberischen Auftrag, wenn

heres Gehalt als Bundesratsmitglieder erhalten sollen. Zugegeben: Es ist beim ersten Hinsehen natürlich in verführerischer Art verleitend, diesem Argument zu folgen. Beim Nachdenken wird einem aber schnell klar: Die oberste Leitung von nationalen Grossunternehmen wie SBB, Post und Swisscom, mit teils internationaler Ausrichtung, muss unbedingt mit wirklichem Topkader besetzt sein. Hier dürfen wir beim Anforderungsprofil und den menschlichen Qualitäten sicher keine Kompromisse eingehen. Denn der Bund als alleiniger oder hauptsächlicher Eigner dieser Grundversorgungsunternehmen stellt notwendigerweise hohe Anforderungen an diese Betriebsführungen.

Parlament fast geschlossen dagegen

Somit ist auch klar: Die Besoldung solcher Top-Kaderleute unterliegt den Besoldungsrichtlinien des Marktes. Da gilt ein anderer Gradmesser als beim Bundesratsamt, was auch dem Bundesrat als selbstverständlich erscheint. Sicherlich auch aus diesem Grund haben sowohl der Stände- als auch der Nationalrat diese Initiative einstimmig abgelehnt.

Lassen Sie sich also vom Titel dieser Vorlage nicht täuschen. Wenn Sie für einen guten und schweizweiten «Service public» sind, stimmen Sie NEIN zu dieser Initiative und lassen Sie den «Service public» so gut wie er ist.



Ein guter «Service public» in allen Regionen und Tälern unserer Landes ist nur dann zu gewährleisten, wenn bis zu einem gewissen Grad auch innerbetriebliche Quersubventionierungen möglich sind.

Investitionen nicht mit neuen Gesetzen abwürgen

Um all diese Dienstleistungen und Marktangebote auf dem jetzigen Niveau mit fortschrittlicher Ausrichtung halten zu können, sind weiterhin sehr grosse Investitionen nötig. Diese kann ein Unternehmen nur dann aus eigener Kraft tätigen, wenn es sich nicht mit einem faktischen Gewinnverbot konfrontiert sieht. Denn ein guter «Service public» in allen Regionen und Tälern unserer Landes ist nur dann zu gewährleisten, wenn bis zu einem ge-

sie überall, allumfassend und zu erschwinglichen Preisen erhältlich ist.

Tiefe Gehälter machen keinen besseren «Service public»

Ein Aufhänger der Initiative ist zudem auch die Entlohnungsfrage. Kein öffentlicher Grundversorgungsbetrieb soll gemäss Initiativtext eine bessergestellte Entlohnungsskala als die Bundesverwaltung haben. Dabei geht es den Initianten natürlich in erster Linie um die Saläre der operativ Geschäftsführenden (neudeutsch CEO's), welche kein hö-

von Ständerat
Werner Hösli
Haslen (GL)



Jetzt per Mausklick Flyer-Versand in einer Gemeinde Ihrer Wahl spenden:

- 1 Besuchen Sie die Website:
www.flyer-ueberall.ch/gratisanwaelte-nein
- 2 Geben Sie eine oder mehrere Postleitzahlen oder Ortschaftsnamen ein, wohin Sie den Flyer versandt haben möchten.
- 3 Klicken Sie dann "Bestellen" und bezahlen Sie Ihre Rechnung fristgerecht. So garantieren wir für den Versand und organisieren alles weitere. Sie müssen sich um nichts mehr kümmern.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



www.flyer-ueberall.ch/gratisanwaelte-nein



KALKBEHANDLUNG OHNE CHEMIE
DAMIT WASSER - WASSER BLEIBT

Sirox Cleantech GmbH Vorderdorfstr. 48
8112 Otelfingen 044 844 60 92
www.sirox.ch info@sirox.ch

brother OKI
Drucker und Multifunktions-Geräte
farbig und s/w - A4 und A3 - 1 bis Schubladen

für SVP-Mitglieder:

1. tiefster Preis der Schweiz
(Abholpreis des günstigsten Internet-Anbieters)
2. aktive, objektive Beratung
2. Spezialpreis für Installation + System-Integration
3. 1% vom Warenwert für Ihre SVP-Sektion

Angebot gilt für insgesamt 200 Geräte (solange Vorrat).
Riesen-Auswahl. Liste verlangen.

Einzige Bedingung:
Mindestens 3 Unterschriften
für die äusserst wichtige
Selbstbestimmungs-Initiative.

Weitere Auskünfte: 041 799 50 00 **OCoTex AG**



**MEHR ALS EINE
DRUCKEREI**

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000
| Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.:
031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen:
Schweizer Parlament, Newsblogger, SVP Schweiz.

radikal
<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung),
konsequent; gründlich

Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächengestocher gibt es schon genug...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Schweiz als Schlaraffenland?

Am 5. Juni stimmen wir über die Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ ab. Die Initianten stellen sich monatlich 2'500 Franken pro Erwachsenen und 625 Franken für Jugendliche unter 18 Jahren vor.



Die Utopie eines garantierten Grundeinkommens für alle beruht auf einem wirklichkeitsfremden Staatsbild. Überdies würde ein bedingungsloses Grundeinkommen unerwünschte Einwanderungsanreize schaffen.

Natürlich ist es bequemer, gratis Brötchen zu essen, als in der Frühe aufzustehen und für andere Brötchen zu backen. Bei Annahme der Initiative würden viele Menschen ihre Hände in den Schoss legen und nicht mehr produktiv arbeiten. Wie herrlich wäre es doch, nur das zu tun, was man gerade will. Und sich nebenbei ein bisschen als Künstler oder als Sozialarbeiter zu betätigen.

Arbeiten lohnt sich nicht mehr

Speziell Mitmenschen mit vergleichsweise tiefen Löhnen fänden die tägliche Arbeit nicht lohnenswert. Für die weniger qualifizierten Berufe würde man niemanden mehr finden. Dafür würde die Zuwanderung vollends aus den Fugen geraten. Es gäbe keinen einzigen Grund für jeden Bedürftigen dieser Welt, sich nicht Richtung Schweiz auf den Weg zu machen. Denn das hierzulande garantierte Einkommen wäre weit

höher als der Lohn für harte Arbeit an den meisten Orten.

Die Utopie eines garantierten Grundeinkommens für alle beruht auf einem wirklichkeitsfremden Staatsbild. Die Aufgabe des Staates besteht darin, einen rechtlichen Rahmen zu geben, in dem alle Bürger in möglichst grosser Freiheit und Selbstverantwortung leben können – und nicht darin, jedem genug zu geben, um auf Kosten des andern zu leben. Oder wollen wir Schweizer wirklich ein Volk von trägen Staatsrentnern werden?

200 Milliarden pro Jahr

Vor allem aber müsste jemand die gewaltige Umverteilung bezahlen. Sie kostet pro Jahr 200 Milliarden Franken, fast ein Drittel des Bruttoinlandprodukts. Bestraft würden die Fleissigen und Innovativen, welche Arbeitsplätze schaffen und heute schon den Grossteil der Steuerlast

tragen. Und wir alle mit neuen Konsumsteuern, etwa der massiven Anhebung der Mehrwertsteuer.

Sozial ist nicht, wer das Geld der andern verteilt und ausgibt. Sozial sind jene, die dafür sorgen, dass es überhaupt etwas zu verteilen gibt. Für manche würde die Schweiz bei Annahme der Initiative zur Steuerhölle, aus der sie nur noch entfliehen könnten. Für viele aber wäre die Schweiz ein Schlaraffenland, in das man unbedingt einwandern muss. Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen wären wir in Kürze wirklich alle gleich – nämlich gleich arm.

von Nationalrat
Thomas Matter,
Unternehmer,
Meilen (ZH)



Bitte die Schweizer Verfassung respektieren!

Ohne radikale Kehrtwende in der Migrationspolitik werden wir bald vor grossen sozialen Problemen stehen. Das Aufgeben des Inländervorrangs und die Untätigkeit gegenüber der Zuwanderung haben die Schleusen für einen nicht mehr zu bewältigenden Zufluss an Arbeitskräften geöffnet. Die Folge ist eine Steigerung der Arbeitslosigkeit und der Zahl der Bedürftigen. Im Kanton Tessin spüren wir das besonders stark.

Es besteht dringender Handlungsbedarf

Am 9. Februar 2014 habe ich ein überzeugtes Ja zur Initiative gegen die Masseinwanderung eingelegt. Als Tessiner und Schweizer Bürger habe ich damit verlangt, dass mein Land die Zuwanderung in die eigenen Hände nimmt. Die Personenfreizügigkeit, insbesondere südlich der Alpen, ist der Hauptgrund für die negative Entwicklung auf unserem Arbeitsmarkt und den Druck auf unsere Verkehrsinfrastruktur. In meinem Kanton gehören Lohndumping und Entlassungen von lokalen Arbeitskräften zu Gunsten von Zuwanderern inzwischen zur Tagesordnung.

«Die Personenfreizügigkeit, insbesondere südlich der Alpen, ist der Hauptgrund für die negative Entwicklung auf unserem Arbeitsmarkt.»

Der Bundesrat handelt verfassungswidrig

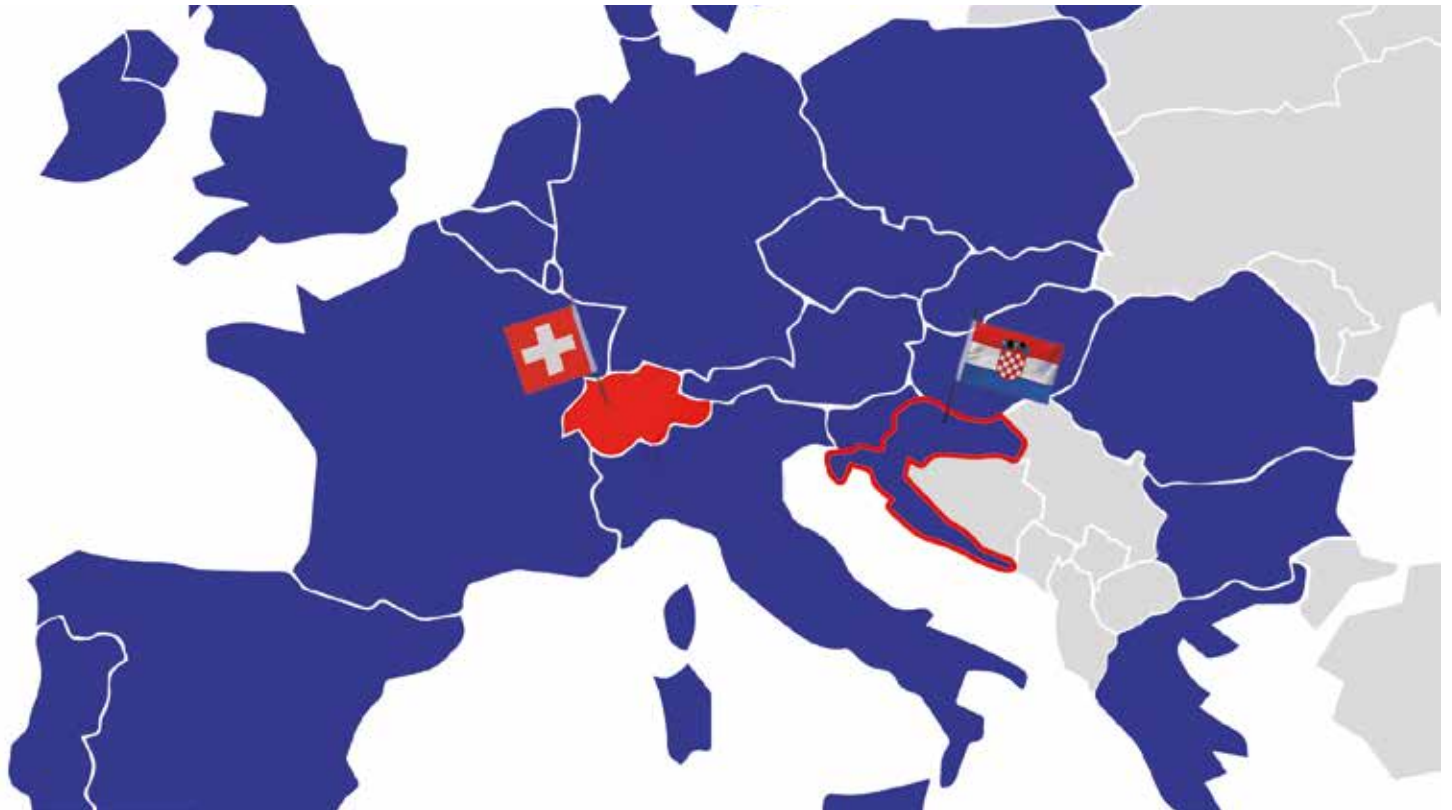
Eine sinnvolle Kontrolle des Migrationsflusses ist die einzige wirkungsvolle Lösung, um die dramatische sozioökonomische Entwicklung zu stoppen. Der neue Verfassungsartikel 121a legt dafür klare Regeln fest. Eine dieser Regeln lautet richtiger-



weise, dass die Schweiz keine internationalen Verträge unterschreiben soll, welche diesem vom Volk verabschiedeten Artikel zuwiderlaufen. Die Annahme der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, welches seit dem 1. Juli 2013 Mitglied der Europäischen Union ist, wäre somit eine klare Verletzung unserer Verfassung. Dies kommt einer Ohrfeige für alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und für die direkte Demokratie gleich. Nach der Abstimmung hatte der Bundesrat noch selber zugesichert, angesichts des Volksverdikts die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nicht voranzutreiben. Nun, zwei Jahre danach, nachdem

2015 sind über 71'000 Ausländer mehr in die Schweiz eingewandert als ausgewandert sind. Der Wanderungssaldo entspricht also etwa der Einwohnerzahl des Kantons Jura. Die Arbeitslosenquote lag bei Ausländern in den letzten drei Jahren im Durchschnitt etwa dreimal höher als bei Schweizern.

serer Verfassung. Dies kommt einer Ohrfeige für alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und für die direkte Demokratie gleich. Nach der Abstimmung hatte der Bundesrat noch selber zugesichert, angesichts des Volksverdikts die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nicht voranzutreiben. Nun, zwei Jahre danach, nachdem



Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien widerspricht der Verfassungsbestimmung zur Steuerung der Zuwanderung, welche Volk und Stände 2014 beschlossen haben. Die SVP wird diese Erweiterung der Personenfreizügigkeit bekämpfen und sich für eine Begrenzung der Zuwanderung einsetzen.

wir immer noch vergeblich auf eine Umsetzung des Volksbeschlusses warten, erfahren wir, dass eben dieser Bundesrat nun sogar das Proto-

«Die Annahme der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, welches seit dem 1. Juli 2013 Mitglied der Europäischen Union ist, wäre eine klare Verletzung unserer Verfassung.»

koll zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit mit Kroatien akzeptiert. Dies ist ein gravierender Fehltritt in einem Rechtsstaat, eine klare Verletzung der Verfassung. Der Bundesrat erklärt sich mit dem Argument, die Verhandlungen über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative –

natürlich «im Einvernehmen mit der EU», wie es so schön heisst – nicht gefährden zu wollen. Ein lächerliches Deckmäntelchen für die eindeutige Absicht unserer Regierung, den Volkswillen auszuhebeln und dem Diktat der EU einfach zu folgen. Dabei geht es nicht zuletzt um das Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020, an welchem vor allem die EU ein Interesse hat, da damit einmal mehr Milliarden von Franken aus der Schweiz in die EU fließen sollen.

Das Parlament muss Einhalt gebieten
Jetzt liegt es am Parlament, diesen vereinigten Angriff von Bundesrat und EU auf die Schweizerische Verfassung zu verhindern. Hoffen wir, dass diesmal im Ratssaal der Wille der EU für einmal nicht mehr zählt als der Schweizerische Volkswille.

*von Nationalrat
Marco Chiesa,
Lugano (TI)*



BESTELLEN SIE JETZT

die Flyers für ein Nein zur Asylgesetzrevision!



Ich bestelle _____ A4-Flyers

Oder jetzt direkt Flyer-Versand in einer Gemeinde Ihrer Wahl spenden:

www.flyer-ueberall.ch/gratisanwaelte-nein



Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Kanton

Telefon

E-mail

Datum/Unterschrift

Bitte einsenden an:

Generalsekretariat SVP
Postfach
3001 Bern

Telefon-Nr. 031 300 58 58

Telefax-Nr. 031 300 58 59

Mail: info@svp.ch



Vorwärts kommen!



JA
am 5. Juni

● Schluss mit Stau: Gemeinden profitieren

Strassenbenützer zahlen immer mehr Steuern und Abgaben – und stehen trotzdem im Stau. Besonders betroffen sind die Agglomerationen. Dank der Initiative fließen jährlich 150 Mio. Franken mehr an die Kantone für die Kantons- und Gemeindestrassen.

● Sicherheit schaffen

Die Strassen stossen an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Bevölkerung wächst, der Verkehr nimmt zu. Umfahrungen von Wohnquartieren schaffen mehr Sicherheit. Von der Verkehrsentslastung profitieren alle – auch Velofahrer, Fussgänger und der öffentliche Verkehr.

● Benzinpreis nicht erhöhen

Das Parlament will für den Ausbau der Strasse den Benzinpreis erhöhen. Die Initiative will das verhindern. Von den rund 9 Mia. Franken, welche die Strassenbenützer jährlich dem Bund abliefern, werden nur 30 Prozent für die Strasseninfrastruktur verwendet. Das Geld ist vorhanden, es muss nur richtig eingesetzt werden.

● Wirtschaft und Gewerbe entlasten

Handwerker und Dienstleistungsbetriebe sind auf gute Strassenverbindungen angewiesen. Die Staukosten betragen rund 2 Mia. Franken pro Jahr. Dies zahlen am Schluss die Kunden und Konsumenten!

faire-verkehrsfinanzierung.ch